

[Wien 21.06.2023]

Klimaschutz jetzt in den Finanzausgleich integrieren!

Föderalismus und Finanzausgleich klimafreundlich gestalten

Welche Herausforderungen ergeben sich aus den Notwendigkeiten des Klimaschutzes und der Klimawandelanpassung für den österreichischen Föderalismus? Diese Fragen werden in einem vom KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung und der TU Wien (Forschungsbereich Finanzwissenschaft und Infrastrukturpolitik) gemeinsam herausgegebenen Sammelband beantwortet. Ziel ist, einen Beitrag zur Weiterentwicklung der Climate-Governance zu leisten und das Thema Klimaschutz und Klimawandelanpassung in der Mehr-Ebenen-Steuerung sowie im Finanzausgleich besser zu verankern.

Durch Nicht-Handeln entstehen hohe Kosten

Wenn die gesteckten Klimaziele nicht erreicht werden, kommen auf die öffentliche Hand bedeutende Kosten zu. Jene für den Zukauf von Klimazertifikaten bei Zielverfehlung werden vom Rechnungshof auf bis zu 9 Mrd. Euro bis 2030 geschätzt. Hinzu kommen Klimawandelanpassungskosten. Alleine die wetter- und klimabedingten Schäden sollen von aktuell 2 Mrd. Euro p.a. auf bis zu 12 Mrd. Euro p.a. bis 2050 steigen. Schätzungen für die Klimawandelanpassungskosten in der öffentlichen Infrastruktur fehlen noch weitgehend.

Investitionsbedarf betrifft alle drei Gebietskörperschaftsebenen

Der öffentliche Sektor hat hohes Investitionspotenzial in den Sektoren Gebäude, Verkehr und Energie. Bei einem öffentlichen Kapitalstock von mindestens 500 Mrd. Euro können hier zahlreiche Maßnahmen gesetzt werden – etwa in die thermische Sanierung von Gebäuden, in den Austausch von Heizsystemen, in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, in den Umstieg auf die E-Mobilität oder in die Erzeugung alternativer Energien.

Dabei sind alle Gebietskörperschaftsebenen im Rahmen ihrer Kompetenzen verantwortlich, Maßnahmen zu setzen. Jedoch sind die Finanzierungsspielräume ungleich auf die Ebenen verteilt und die bestehenden Finanzausgleichsströme nicht an die veränderten Anforderungen angepasst. Besonderes Augenmerk sollte hier auf die Gemeindeebene gelegt werden, welche für 45 Prozent des öffentlichen Kapitalstocks verantwortlich ist. Die Prognose der Gemeindefinanzen zeigt jedoch, dass die Finanzierungsspielräume in den nächsten Jahren weit unter dem Vorkrisenniveau liegen werden, wodurch das Risiko eines Investitionsrückstaus steigt.

Föderalismus weiterentwickeln

Um künftig Strafzahlungen und hohe Anpassungskosten zu verhindern, bedarf es einer verbesserten Zusammenarbeit der drei Ebenen Bund, Länder und Gemeinden. Bedeutende Lücken zeigen sich insbesondere in den Bereichen Raumplanung und Öffentlicher Personennah- und Regionalverkehr (ÖPNRV). In der Raumplanung sind etwa Lösungen für eine Reduktion des zu hohen Bodenverbrauches zu finden und internationale Verpflichtungen und nationale Zielvorstellungen in konkrete Politiken und räumlich differenzierte Maßnahmen umzusetzen. Im ÖPNRV gilt es, einen massiven Ausbau der Angebote zu bewerkstelligen, wobei die gemeinsame

Planung und Steuerung von Städten und Ländern weiter verstärkt und gemeinsam mit dem Bund Finanzierungslösungen gefunden werden müssen.

Empfehlung: Vertikales Klima-Koordinierungskomitee implementieren

Klimaschutz und Klimawandelanpassung spielen in viele Aufgabenbereiche hinein, wodurch eine hohe Komplexität entsteht. Die Stärkung der gebietskörperschaftsübergreifenden Koordination und Kooperation wäre hier ein wichtiger Schritt, indem Ziele und Strategien aufeinander abgestimmt werden. Ein Klima-Koordinierungskomitee mit Vertreter*innen von Bund, Ländern, Städten und Gemeinden könnte zu einer verbesserten Steuerung, Koordination und Kooperation beitragen.

Finanzausgleich klimafreundlich gestalten

Angesichts der hohen Investitionsbedarfe ist es notwendig, ausreichend finanzielle Mittel für Klimaschutz und Klimawandelanpassung bereitzustellen. Andernfalls ist vorherzusehen, dass die gesetzten Investitions- und Ausbauziele nicht erreicht werden können. Zusätzliche Finanzierungsspielräume können durch Umschichtung aus anderen Aufgabenbereichen (z.B. von „Straße“ zu ÖV), Zweckwidmung bestehender Abgaben (z.B. Mineralölsteuer), Entfall klimaschädlicher Förderungen (z.B. Mineralölsteuervergünstigung für Diesel) oder Erschließung zusätzlicher Finanzierungsquellen (z.B. Vermögensteuer) geschaffen werden.

Weiters sollten die bestehenden Finanzierungs- und Steuerungsinstrumente auf den Klimaschutz hin ausgerichtet werden, etwa durch die Reduktion klimaschädlicher und Stärkung klimafreundlicher Mechanismen und Anreize.

Für Gemeinden sollten angesichts der hohen Investitionsbedarfe geeignete Rahmenbedingungen geschaffen werden, etwa durch die Implementierung eines Klimainvestitionsfonds (z.B. für thermische Sanierung, Umstellung Heizsysteme) und die Schaffung eines ÖV-Investitionsfonds für Stadtregionen.

Im Rahmen der derzeit laufenden Finanzausgleichsverhandlungen wäre es insgesamt wichtig, den Finanzausgleich sowohl kurzfristig als auch längerfristig strategisch auf die zentralen Zukunftsfragen unserer Gesellschaft – den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel – auszurichten.

--

Das KDZ - Zentrum für Verwaltungsforschung ist Kompetenzzentrum und Wissensplattform für Public Management Consulting, Europäische Governance & Städtepolitik, Öffentliche Finanzen und Föderalismus und Weiterbildung. Wir wollen eine nachhaltige Modernisierung des öffentlichen Sektors und bieten als gemeinnütziger Verein Forschung, Beratung und Weiterbildung für die öffentliche Verwaltung. Mehr Informationen zum KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung finden Sie unter www.kdz.or.at, auf Facebook unter <https://www.facebook.com/KDZ.or.at/>, Twitter [@KDZ_Austria](https://twitter.com/KDZ_Austria) oder LinkedIn unter <http://www.linkedin.com/company/kdz>.

Der Forschungsbereich Finanzwissenschaft und Infrastrukturpolitik im Institut für Raumplanung der TU Wien befasst sich in Forschung und Lehre u.a. mit finanzwissenschaftlichen Fragen des Finanzausgleichs, der ökologischen Ökonomik, der Infrastrukturpolitik sowie Fragen der räumlichen Entwicklung und Bedeutung von Infrastrukturen.

Rückfragen

Siegfried Fritz, Bakk. MSc

KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung

fritz@kdz.or.at

T: +43 1 8923492-17 M: +43 676 84957917

www.kdz.or.at

Univ.-Prof. DDr. Michael Getzner

TU Wien, Institut für Raumplanung, Forschungsbereich
Finanzwissenschaft und Infrastrukturpolitik

michael.getzner@tuwien.ac.at

T: +43 676 4129222

www.tuwien.at/ar/ifip